

Region

Vielen Bernern droht Kaufkraftverlust

Teuerungsausgleich Die Löhne steigen weniger stark an als das Preisniveau, die Gewerkschaften fordern den Kanton jetzt zum Handeln auf – zu Recht?

Carlo Senn und Alexandra Elia

Die Stimmung ist noch verhalten, als sich knapp tausend Personen am späten Nachmittag auf dem Berner Waisenhausplatz versammeln. Eine breite Allianz aus Gewerkschaften und Organisationen nimmt an der Kundgebung teil. Sie vertreten unter anderem Lehrpersonen, Physiotherapeuten, Hebammen und Angestellte der Kantonspolizei. Und sie alle spüren den Kaufkraftverlust – «Preise rauf, Löhne rauf» ist der Slogan der Anwesenden.

Der geplante Teuerungsausgleich der Kantonsregierung geht den Gewerkschaften zu wenig weit. Im Budget ist lediglich eine Lohnerhöhung von 2 Prozent für die Kantonsangestellten vorgesehen, davon 0,5 Prozent Teuerungsausgleich. Die Gewerkschaften fordern den Kanton aber auf, die Löhne stärker zu erhöhen.

Die Inflation ist in der Schweiz tatsächlich auf Rekordniveau: Im Oktober lag sie gegenüber dem Vorjahr bei 3 Prozent. Steigen die Löhne also nicht, haben Arbeitnehmende de facto 3 Prozent weniger Geld für Ausgaben zur Verfügung – im Fachjargon spricht man von sinkenden Reallöhnen.

Die Appelle der Rednerinnen und Redner zeugen aber auch von einer Dringlichkeit jener Branchen, die schon länger am Anschlag sind – beispielsweise die der Pflegenden: «Liebe Berner Regierung, wann wacht ihr auf und überdenkt eure Prioritäten?», fragt die erste Rednerin, Andrea Lienhardt von der Sektion Bern des Schweizer Berufsverbands für Pflegefachpersonen.

Kaufkraft betrifft alle

Doch wie sieht die Situation bei anderen Angestellten im Kanton aus? Die Stadt Bern hat ihren Mitarbeitenden kürzlich einen vollen Teuerungsausgleich von 3 Prozent gewährt, was jedoch zu Kritik geführt hat, wie diese Zeitung berichtete.

Auch der Kanton Zürich hat mitgeteilt, die Löhne aufgrund der Teuerung um 3,5 Prozent zu erhöhen – trotz Defizit im Budget.

Der Teuerungsausgleich für die Bundesangestellten liegt dieses Jahr zwischen 2 und 3 Prozent. Die Gewerkschaften haben sich mit dem Bundesrat auf einen Kompromiss geeinigt, wie Christoph Jakob vom Schweizerischen Verband des Personals für Öffentliche Dienste (VPOD) mitteilt. Die definitiven Zahlen kommuniziert der Bund dann Anfang Dezember. Die bundesnahen Betriebe Post und SBB haben noch keine Zahlen kommuniziert, sie tun dies normalerweise erst Ende Februar.

In der Privatwirtschaft sieht es teilweise noch weniger rosig aus. So steigen die Löhne schweizweit laut Berechnungen der Grossbank UBS nur um 2,2 Prozent. Laut Adrian Haas vom Handels- und Industrieverein des Kantons Bern befinden sich auch die meisten Berner Unternehmen in diesem Bereich. Gleichzeitig ist der Kostendruck für die Unternehmen hoch. Im Schnitt sinkt also die Kaufkraft der Bernerinnen und Berner.

Aus diesem Grund schreibt die Konjunkturforschungsstelle der



«Preise rauf, Löhne rauf» ist der Slogan der Anwesenden auf dem Waisenhausplatz. Foto: Marcel Bieri

«Es trifft immer die, die sowieso schon an ihre Grenzen stossen.»

Julia Mosimann
Kindergärtnerin

ETH Zürich in einem aktuellen Bericht von intensiven Lohnverhandlungen. Es sei klar, dass aufgrund der Inflation Forderungen für Lohnerhöhungen vonseiten der Arbeitnehmenden kommen.

«Nicht überproportional»

Auch Aymo Brunetti, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, findet grundsätzlich eine Anpassung der Löhne an das gestiegene Preisniveau ökonomisch gerechtfertigt. Wenn die Inflation tatsächlich 3 Prozent beträgt, sei eine Erhöhung in dieser Grössenordnung «wenig problematisch».

Wenn die Unternehmen über Preiserhöhungen höhere Erträ-

ge erwirtschaften können, ist es gemäss Brunetti im Sinne der Arbeitnehmenden, dass die Löhne angepasst werden. Ansonsten bedeute dies eine Lohnsenkung, weil die Kaufkraft zurückgeht.

Allerdings nicht mehr als die Inflationsrate: «Die Löhne sollten nicht überproportional steigen.» Das heisst, eine Lohnerhöhung sollte im genannten Beispiel höchstens 3 Prozent betragen, nicht aber etwa 4 Prozent. Denn sonst besteht die Gefahr einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale: In diesem Szenario steigen die Löhne wegen höherer Preise.

Weil die Kosten für die gestiegenen Preise erneut die Inflation anheizen, fordern die Ar-

beitnehmenden wieder höhere Löhne – ein Teufelskreis, der in eine selbstverstärkende Inflation münden könnte.

«Deswegen muss sich der Ausgleich auch immer an der Branche und ihren entsprechenden Preiserhöhungen orientieren», so der Ökonom.

Linke in der Minderheit

Die politische Diskussion ist lanciert: In rund zwei Wochen diskutiert der Grosse Rat über das Budget. Die Gewerkschaften sind dabei im Kantonsparlament politisch in der Minderheit: Die Mehrheit der Finanzkommission will den Vorschlag des Regierungsrats von rund 2 Prozent Teuerungsausgleich übernehmen.

Der von links geforderte Teuerungsausgleich würde 28 Millionen Franken für das Kantonspersonal und Lehrkräfte kosten. Weitere 14 Millionen Franken würden für die subventionierten Betriebe der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion anfallen.

Die Kosten sind für Meret Schindler kein Argument: «Es bringt niemandem etwas, wenn die Leute weniger Geld im Portemonnaie haben», sagt die SP-Grossrätin von der Gewerkschaft VPOD auf Anfrage. Gerade der Mittelstand komme immer stärker unter Druck, gerade auch, weil die Krankenkassenprämien um rund 6 Prozent steigen. Deshalb brauche es den vollen Teuerungsausgleich.

Solidarität für Betroffene

Von einem allfälligen Teuerungsausgleich profitieren nicht nur Kantonsangestellte, sondern auch alle vom Kanton subventionierten Betriebe: darunter Mitarbeitende in Pflegeheimen, bei der Spitex und Mitarbeitende in sozialen Institutionen.

«Die Ziele werden immer höher, aber die Ressourcen weniger», sagt auch Kantonsangestellte Chris Wälchli, der an der Kundgebung teilnimmt. Die Kindergärtnerin Julia Mosimann, die heute ebenfalls demonstriert, blickt dieser Entwicklung kritisch entgegen. «Es trifft immer die, die sowieso schon an ihre Grenzen stossen.» Aus ihrer Sicht ist es eine Frechheit, wenn die Löhne nicht erhöht werden. «Das hat auch etwas mit der Wertschätzung des Berufs zu tun.» Sie sei deshalb auch aus Solidarität für andere Betroffene anwesend.

Die SP-Grossrätin Schindler argumentiert zusätzlich mit der Pflegeinitiative und dem Fachkräftemangel: Der volle Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen seien nötig, um das Personal im Gesundheitswesen zu halten.

Eventuell sind die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften 2023 etwas entspannter: Laut Prognosen der Konjunkturforschungsstelle dürfte die Inflation Ende 2023 wieder unter 2 Prozent liegen.

Im internationalen Vergleich fällt die Inflationsrate der Schweiz übrigens sehr tief aus. So rechnet beispielsweise die deutsche Bundesregierung 2022 mit über 8 Prozent Inflation. Auch Frankreich ist mit 5,9 Prozent deutlich höher. Für viele dürfte dies allerdings ein schwacher Trost sein.

Sanierung des Leichtathletikstadions beginnt

Berner Wankdorf Kommende Woche starten die Sanierungsarbeiten im Leichtathletikstadion im Berner Wankdorf. Diese sind nötig, damit dort auch in Zukunft nationale und internationale Wettkämpfe ausgetragen werden können.

Die Sanierung dauert rund sieben Monate, wie die Stadtberner Präsidialdirektion in einer Mitteilung von gestern Freitag schreibt. Insbesondere muss die Laufbahn erneuert werden. Zusätzlich wird die äusserste, bisher nur für Trainingszwecke zugelassene Bahn verbreitert, so dass künftig acht wettkampftaugliche Bahnen zur Verfügung stehen.

Auch die Kugelstossanlage muss erneuert werden. Weiter sind eine Bewässerungsanlage für den Rasen und ein Allwetterplatz geplant. Das Stadtparlament sprach im Sommer einen Kredit von 3,78 Millionen Franken. (chh/sda)

Zibelemärit kann wieder auf mehr Zwiebeln hoffen

Gute Ernte Nach pandemiebedingtem Ausfall des Zibelemärit 2020 und einer verhaltenen Zwiebelsaison 2021 sieht es für die Fans des Berner Traditionsanlasses heuer etwas besser aus.

Für den Zibelemärit vom 28. November dürften die auf-fahrenden Produzentinnen genügend Ware haben, wie der Landwirtschaftliche Informationsdienst gestern mitteilte. Dieses Jahr werden 410 Stände am Märit aufgestellt – ein Drittel davon sind Zwiebel- und Gemüsemarktstände, wie Marc Heeb, Co-Leiter des Polizeizeinspektors der Stadt Bern, ausführte.

Der Zibelemärit findet jeweils am vierten Montag im November statt. Seinen Ursprung hat der Märit im 19. Jahrhundert, als Bauersfrauen aus dem Seeland mit Zwiebeln auf der Martinimesse in Bern auftauchten. Seit 2011 steht er auf der Liste der lebendigen Traditionen der Schweiz. (sda)

Einigung im Verkehrsstreit

Thun Die Stadt Thun und die Gemeinden am rechten Seeufer haben sich auf einen Ansatz verständigt, um den drängenden Verkehrsproblemen Herr zu werden. Seit 2018 fliesst der Verkehr auf einer Art Ringstrasse im Einbahnregime um die Innenstadt herum. In der Folge kam es am rechten Thunerseeufer öfter zu langen Staus, die Klagen rissen nicht ab. Nun will die Stadt prüfen, ob mit einer teilweisen Aufhebung des Einbahnregimes in der Innenstadt und Verbesserungen beim Lautorkreislauf die Verkehrssituation entschärft werden kann. Hilterfingen, Oberhofen, Sigriswil und Steffisburg unterstützten die vorgeschlagene Stossrichtung, schreibt die Stadt Thun.

Der Thuner Gemeinderat hat für die Massnahmen zwei Verpflichtungskredite von 195'000 Franken und 130'000 Franken beschlossen. Der Kostenteiler mit den Agglomerationsgemeinden und dem Kanton bleibe noch zu klären. (sda)

Kantonsregierung will rund 2 Prozent Lohnerhöhung

Das bernische Budget sieht eine Lohnerhöhung für die Kantonsangestellten von rund 2 Prozent vor. Diese 2 Prozent sind allerdings aus verschiedenen Posten zusammengesetzt. Deutlich zu wenig, finden die Gewerkschaften.

Für den effektiven Teuerungsausgleich sieht die Kantonsregierung 0,5 Prozent vor. 0,7 Prozent können die Verwaltung und die subventionierten Unternehmen des Kantons selber für individuelle Lohnerhöhungen nutzen. Bei

diesem freien Anteil befürchten die Gewerkschaften allerdings, dass sie lediglich den gut qualifizierten Fachkräften zugutekommen, damit sie im Betrieb bleiben. Beispielsweise Hilfs- oder Reinigungspersonal könnte gemäss den Befürchtungen nichts davon haben.

Auch von den 0,8 Prozent sogenannten «Rotationsgewinnen» hätte beispielsweise die Spitex nichts, wie sie gestern mitteilte: Diese können nur bezogen werden, wenn durch Pensio-

nierungen die Löhne insgesamt sinken und jüngeres Personal mit tieferen Löhnen nachrückt. Da beispielsweise bei Altersheimen eine hohe Fluktuation herrscht, ist also der fixe Teuerungsausgleich lediglich bei 0,5 Prozent.

In einer Demonstration fordern die Gewerkschaften nun, den fixen Teuerungsausgleich auf 3 Prozent zu erhöhen. Zusammen mit dem flexiblen Teil und den Rotationsgewinnen ergibt das eine Lohnerhöhung von 4,5 Prozent. (cse)